

**Nicaragua: Sozialinvestitionsfonds-Programm (FISE) IV**

**Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung)**

<b>OECD-Förderbereich</b>	16310 / Sozialfürsorge, soziale Dienste	
<b>BMZ-Projektnummer</b>	1998 66 328	
<b>Projekträger</b>	Fondo de Inversión Social de Emergencia (FISE)	
<b>Consultant</b>	GOPA	
<b>Jahr der Schlussprüfung</b>	<b>2006</b>	
	<b>Projektprüfung (Plan)</b>	<b>Schlussprüfung (Ist)</b>
<b>Durchführungsbeginn</b>	2. Quartal 1999	4. Quartal 1999
<b>Durchführungszeitraum</b>	2 Jahre	3 Jahre
<b>Investitionskosten</b>	16,2 Mio EUR	21,6 Mio EUR*
<b>Eigenbeitrag</b>	1,9 Mio EUR	4,7 Mio EUR
<b>Finanzierung, davon FZ-Mittel</b>	14,3 Mio EUR	16,9 Mio EUR**
<b>Andere beteiligte Institutionen/Geber</b>	Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank	Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank
<b>Erfolgseinstufung</b>	3	
<b>• Signifikanz/Relevanz</b>	3	
<b>• Effektivität</b>	3	
<b>• Effizienz</b>	4	

\* Einschließlich Wartungsfonds und Verwaltungskosten FISE

\*\* Inklusive Aufstockung um 2,6 Mio EUR für „Mitch-Notmaßnahmen“ aus Mitteln von FISE III

**Kurzbeschreibung, Oberziel und Projektziele mit Indikatoren**

Durch das Vorhaben Fondo de Inversión Social de Emergencia IV (FISE IV) wurde das dritte Gesamtprogramm des nicaraguanische Sozialinvestitionsfonds FISE unterstützt, das landesweit Maßnahmen zur Rehabilitation und Erweiterung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Armutsgebieten finanziert hat.

Das Vorhaben strebte in höherem Maße als seine Vorläufer die Stärkung lokaler Strukturen im Sinne der Dezentralisierung an. Programmziele des zwischen November 1999 und Ende 2002 durchgeführten FZ-Programms waren (1) die nachhaltige Verbesserung des Zugangs zu Einrichtungen der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur und deren Nutzung durch arme Bevölkerungsgruppen, (2) die Erhöhung des Gewichts und der Einflussmöglichkeiten der Begünstigten und Kreisverwaltungen im gesamten Projektzyklus.

Oberziel war es, einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung mit Schwerpunkt in den Armutsgebieten des Landes zu leisten.

Für die Oberzielerreichung wurde kein Indikator definiert. Für die Programmzielerreichung wurden die folgenden Indikatoren definiert:

Zu Programmziel 1:

- Indikator 1: Mindestens 85% der Mittel des FISE aus dem Gesamtprogramm werden gemäß Armutskarte und daraus abgeleiteter ex-ante Verteilung eingesetzt.
- Indikator 2: Mindestens 75% der FZ-finanzierten Projektanlagen werden zwei Jahre nach Fertigstellung ordnungsgemäß betrieben und angemessen genutzt.

zu Programmziel 2:

- Indikator 3: 100% der FZ-finanzierten Projekte werden auf Grundlage eines partizipativen Planungsprozesses ausgewählt.
- Indikator 4: Mindestens 75% der Projekte werden während ihrer Durchführung von den Nutzerkomitees überwacht (FZ-Programm)
- Indikator 5: Mindestens 10% der Projekte werden von Kreisverwaltungen durchgeführt
- Indikator 6: Mindestens 25% der Mitglieder der Komitees und Gremien auf Dorf- und kommunaler Ebene sind Frauen (FZ-Programm)
- Indikator 7: Mindestens 25% der Projekte werden von NRO durchgeführt (Gesamtprogramm)
- Indikator 8: Zwei Jahre nach Fertigstellung werden mindestens 75% der Infrastrukturprojekte im Bereich Bildung und Gesundheit ordnungsgemäß gewartet (unter Verwendung der Mittel aus dem eingerichteten Wartungsfonds)

Zielgruppe des FZ-Programms war zum einen die bedürftige Bevölkerung, insbesondere in armen ländlichen Gebieten. Zum anderen wurden auch die Kreisverwaltungen als Nutznießer des Programms betrachtet.

**Konzeption des Vorhabens / Wesentliche Abweichungen von der ursprünglichen Projektplanung und deren Hauptursachen**

Im Rahmen des FZ-Programms wurden 720 Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit Einzelprojekten der sozialen Infrastruktur durchgeführt und Consultingleistungen erbracht. Sektorschwerpunkte der überwiegend mit FZ-Mitteln finanzierten Einzelprojekte waren Schulen (67 % der FZ-Mittel) und weitere Kinderbetreuungseinrichtungen (8 % der FZ-Mittel), Gesundheit (8 % der FZ-Mittel und weitere 4 % für Latrinenbaumaßnahmen), Wasserversorgung – WV- (9 % der FZ-Mittel), einzelne Vorhaben zur Verbesserung von Straßen und Sportplätzen (2 % der FZ-Mittel) sowie 33 Fortbildungsmaßnahmen für Nutzerkomitees.

Flankierend zu den Sachinvestitionen erfolgte pilotmäßig in 12 Gemeinden der Aufbau von Technikabteilungen. Eine finanztechnische Besonderheit war, dass die für das dritte Gesamtprogramm des FISE verfügbaren Gebermittel vom Träger wie ein gemeinsamer Fonds verwaltet wurden, obwohl formal keine Gemeinschaftsfinanzierung vorlag. Verzögerungen und operative Probleme ergaben sich daraus, dass im Durchführungszeitraum ein im Vergleich zur Kapazität des Trägers sehr umfangreiches Gesamtprogramm abgewickelt wurde, was zu Ungenauigkeiten bei der Planung der Einzelvorhaben führte. Die Verfahren zur technischen Planung der Einzelvorhaben auf lokaler Ebene wurden vergleichsweise langsam weiterentwickelt: Die von den Technikabteilungen der Gemeinden erarbeiteten Projektprofile spiegelten zwar die Erwartungen und Wünsche der Bevölkerung wieder, wurden jedoch im Rahmen der Entwürfe nicht immer ausreichend an veränderte Umfeldbedingungen und technische Machbarkeit angepasst.

Die Beteiligung der Zielgruppen war eine Stärke der Durchführungskonzeption. Die Projektidentifizierung wurde weitgehend mit Beteiligung der Nutzer an den Projektstandorten realisiert, wobei formalisierte partizipative Verfahren („Microplanificación participativa“) im Rahmen einer mehrjährigen Investitionsplanung auf Gemeindeebene zum Einsatz kamen. Auch an der technischen Bauüberwachung waren neben Fachleuten Vertreter der Nutzer beteiligt. Aus dem Kreis

der Nutzer wurden so genannte „comités de seguimiento“ gewählt, die als zivile Inspektoren die technische Bauaufsicht ergänzten. Diese Kombination von innovativen Kontrollinstrumenten hat sich bewährt und dazu beigetragen, die Identifikation der Zielgruppen mit den Maßnahmen zu stärken und Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten auf Baustellen aufzudecken. Repräsentanten der Nutzer wurden in allgemeiner Hygiene, Formen ehrenamtlicher Organisation sowie Fragen der Wartung und des Betriebs der finanzierten Einrichtungen eingewiesen, wobei besonders auf die Beteiligung von Frauen geachtet wurde.

Bei den Baumaßnahmen wurde generell eine gute Qualität erreicht. Die Einrichtung von Kinderspeisestätten (8 % der FZ-Mittel) hat sich angesichts bestehender Kapazitäten in den Schulen nicht bewährt. Bei den WV-Vorhaben gab es erhebliche Unsicherheiten in der Technologiewahl, die zu Schwächen bei den erstellten Anlagen führten und den Beitrag zur Problemlösung beeinträchtigt haben.

In einer Ex-post-Betrachtung erscheint die Projektkonzeption in Form eines Sozialfonds in Teilbereichen gut, in anderen weniger gut geeignet: Stärken liegen in der Einbindung der Zielgruppen, der Offenheit für neue Durchführungsmodalitäten und der relativ strengen Kontrolle der Mittelverwendung. Mängel bestehen bei Teilen der Projekte in technischen Planungsdefiziten.

### **Wesentliche Ergebnisse der Wirkungsanalyse und Erfolgsbewertung**

Die örtliche Inspektion einer repräsentativen Auswahl von 15 Einzelprojekten im Rahmen der Schlussprüfung zeigte, dass sich die gebauten Einrichtungen (Schulen, Gesundheitsposten, WV-Systeme und einige gepflasterte Straßen) in relativ gutem Zustand befinden. Demgegenüber besteht eine suboptimale Nutzung insbesondere der Schulen und Kinderspeisestätten; die realen Nutzerzahlen lagen mit einer Ausnahme um 30-50 % unter den Planzahlen. In mehreren Fällen wurde die sektorale Mindestnorm von 30 Kindern pro Lerngruppe nur knapp erreicht. Als Ursachen wurden Planungsschwächen des FISE sowie der Sektorministerien identifiziert, so wurden demographische Änderungen nicht angemessen berücksichtigt. In der Phase IV bestanden starke Unsicherheiten bei der Technologiewahl für WV, sodass hier erhebliche technische Probleme auftraten.

Die künftige Instandhaltung der Infrastruktur erscheint aus heutiger Sicht überwiegend gesichert, da sich Nutzer und Gemeinden mit verschiedenen Beiträgen (monetär und Arbeitskraft) engagieren und der auf Initiative der Geber von der Regierung eingerichtete Wartungsfonds bereits mehrfach erhebliche Mittel für Grundschulen und Gesundheitsposten zur Verfügung gestellt hat. In allen relevanten Projekttypen (Hochbauten) existieren Wartungskomitees. Kleinere Reparaturen werden durch die Initiative einzelner Personen oder im Umlageverfahren repariert. Für periodische Reparaturen wird der Wartungsfonds in Anspruch genommen. Allerdings kommt es zu Verzögerungen bei der Bearbeitung und die bewilligten Mittel reichen nicht für alle Einrichtungen.

Die Fachministerien nehmen ihre Verantwortlichkeit bei der Sicherstellung des Betriebs mit Einschränkungen wahr. Das Bildungsministerium kümmert sich relativ zuverlässig um die Entsendung von Personal und die Bereitstellung von Lehrmaterialien, reagiert aber nicht hinreichend auf Verschiebungen der Siedlungsstruktur oder Änderungen in der Bevölkerungsentwicklung. Dem Gesundheitsministerium fehlten Mittel, um die gebauten Einrichtungen zeitnah in Betrieb zu nehmen; auch heute noch fehlen wichtige Ausstattungsgüter (beispielsweise zur Betreuung von Geburten). Die Abstimmung zwischen Gemeinden bzw. Landkreisen und Sektorministerien ist insofern geregelt, als die lokal tätigen Vertreter der Ministerien den Einzelprojekten ebenso wie den Anträgen auf Nutzung des Wartungsfonds zustimmen müssen. Allerdings ist das Mandat der Kommunen für Grundbildung und Basisgesundheit nicht klar formuliert, was die Abstimmung mit den Sektorministerien z.B. bei der Bedarfsplanung erschwert.

Eine kosteneffiziente Durchführung der Einzelprojekte wurde insofern gesichert, als bei allen dafür in Frage kommenden Projekttypen (z. B. Schulen, Kinderspeisestätten) standardisierte Pläne und standardisierte Kostenrichtwerte verwendet wurden. Diese Einheitskosten waren relativ knapp bemessen, was dazu führte, dass die eingesetzten Materialien nicht immer die notwendige Qualität aufwiesen. Die Einrichtungen sind aber mit Blick auf die geringere Zahl der Nutzer (Erziehungsbereich) bzw. die Unregelmäßigkeiten im Betrieb (Gesundheitswesen) z.T. überdimensioniert. Ein (nicht genau spezifizierbarer) Teil der Schachtbrunnen ist wegen niedriger Grundwasserstände nicht in Betrieb genommen worden. Angesichts der Mindernutzung bzw. betrieblicher Defizite waren die Kosten dieser Projekttypen hoch.

Eine gesamtwirtschaftliche Verzinsung des Kapitaleinsatzes kann nicht berechnet werden, da die mit den Einzelvorhaben beabsichtigten Wirkungen vorrangig sozialer und sozioökonomischer Art sind. Zu den Stärken des Programms gehört die relative Armutsorientierung. Die Vorhaben wurden in ländlichen Gebieten (überwiegend ehemalige Bürgerkriegszonen) durchgeführt, wo der Armutsanteil über 50 % liegt. Im Rahmen der Partizipation beteiligen sich Arme aktiv an der Planung und Durchführung der Einzelvorhaben und leisten zu deren Realisierung Eigenbeiträge, häufig in Form von Arbeitseinsätzen. Die Stärkung der Dezentralisierung war ein explizites Ziel des Vorhabens, das auch weitgehend erreicht wurde. Eine Beteiligung der Begünstigten im Rahmen der Planung der Einzelprojekte ist ein wesentliches Element der Programme. Die aus dem Kreis der Nutzer gebildeten „comités de seguimiento“ leisten durch ihre (Mit)kontrolle öffentlicher Bauleistungen einen Beitrag zur Verbesserung der Governance. Das Vorhaben weist ein Potential zur Verbesserung der Gleichberechtigung auf. Dieses Potential wurde genutzt. Durch das Vorhaben hat sich die Sichtbarkeit von Frauen in öffentlichen Ämtern erhöht. Das Vorhaben war nicht auf Umwelt- und Ressourcenschutz ausgerichtet. Von den durchgeführten Einzelprojekten gehen keine nennenswerten negativen Umweltwirkungen aus.

In einer zusammenfassenden Bewertung aller voran stehenden Wirkungen und Risiken kommen wir zu folgender Bewertung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit des Programms:

- Die Programmziele - die Verbesserung des Zugangs der armen Bevölkerungsgruppen zu nachhaltig funktionierenden Einrichtungen der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur sowie die Erhöhung des Gewichts und der Einflussmöglichkeiten der Begünstigten und Kreisverwaltungen im gesamten Projektzyklus wurden insgesamt noch knapp ausreichend erfüllt. Die Zielerreichung beim Programmziel 1 weist aber erhebliche Schwächen auf: Die Teilkomponenten der Schulen und Kinderspeisestätten, auf die über drei Viertel des Mittelvolumens entfielen, funktionieren zufrieden stellend, die Einrichtungen werden aber nicht entsprechend ihrer Kapazität genutzt. Die Kinderspeisestätten haben kein nachhaltiges Betriebskonzept, sondern konkurrieren mit den Vorschulen des Erziehungsministeriums und hängen von Lebensmittelspenden ab. Die Teilkomponente Gesundheitseinrichtungen (9 % des FZ-Volumens) ist durch erhebliche Ausstattungs- und Betriebsprobleme gekennzeichnet (mangelnde Verfügbarkeit des Sektorbudgets). Mit Blick auf die Nachhaltigkeit positiv zu bewerten ist, dass Nicaragua anspruchsvolle Sektornormen für Erziehung und Gesundheit formuliert hat und die sozialen Dienstleistungen besser funktionieren als in einigen Nachbarländern. So sind z.B. die Lehrkräfte in den Schulen regelmäßig anwesend und bemüht, den Mehrklassenunterricht auf akzeptablem Niveau durchzuführen. Die Schulaufsicht funktioniert ebenfalls. Im Gesundheitswesen wurde die Verfügbarkeit von Basismedikamenten gegenüber früheren Perioden verbessert. Im Hinblick auf eine ausgewogene Entwicklung wurde der Ausbau des Wegenetzes vernachlässigt. Dies hat die effektive Erreichbarkeit der Schulen und Gesundheitseinrichtungen beeinträchtigt. Nicht alle WV-Vorhaben haben zur Problemlösung hinreichend beigetragen und nicht alle werden nachhaltig betrieben. Positiv ist jedoch, dass die Investitionen im Sanitärbereich von Sensibilisierungsmaßnahmen zum Thema Hygiene begleitet waren. Auch der Beitrag zur Dezentralisierung ist positiv: Die neu eingeführten Beteiligungsmechanismen auf Ebene der

Gemeinden sind nachhaltig. Die Partizipation der Zielgruppen an Planung und Instandhaltung ist vergleichsweise erfolgreich, die Nachhaltigkeit der Fortbildungen für die ehrenamtlichen Nutzerkomitees wird durch die natürliche Rotation der Mitglieder eingeschränkt. Wir bewerten die Effektivität des Vorhabens als knapp ausreichend (Teilbewertung: Stufe 3).

- Der vermutete Wirkungskusammenhang, dass durch eine Verbesserung der Infrastrukturausstattung der Gemeinden die soziale und wirtschaftliche Lebenssituation der hier lebenden Bevölkerung verbessert werden kann, ist grundsätzlich plausibel (Relevanz). Mit Blick auf die Spürbarkeit ist es zum einen durch die eingeführten Beteiligungsmechanismen auf Ebene der Zielgruppen sowie die Dezentralisierung des Projektzyklus und die Einbindung der Gemeinden gelungen, die Mitwirkung von Bürgern und Kommunalverwaltungen zu erhöhen und Ansätze für eine Kontrolle öffentlicher Bautätigkeit durch die Bevölkerung zu etablieren. Die Zielgruppe hat bei entsprechenden Befragungen ausgesagt, dass sich das Angebot an Basisinfrastruktur spürbar erhöht hat und sich hierdurch ihre Lebensbedingungen verbessert haben. Die Qualifizierungswirkungen auf der Ebene der Gemeinden sind signifikant: Die Technikabteilungen der Pilotgemeinden (sowie inzwischen auch vieler weiterer Gemeinden) sind nun in der Lage, die Durchführung der Einzelvorhaben eigenverantwortlich zu betreuen. Auch die Einstellung von Haushaltsmitteln in einen Wartungsfonds war zur Zeit der Programmdurchführung ein innovatives Instrument und von hoher Bedeutung, um durch Verbesserung der Instandhaltung die Wirkung der erstellten Infrastruktur für die Zielgruppe nachhaltiger zu machen. Einschränkend auf die Signifikanz wirkt, dass die tatsächlichen Nutzerzahlen deutlich unter dem ursprünglich erwarteten Niveau liegen. Wir bewerten die Relevanz/Signifikanz insgesamt als ausreichend (Teilbewertung: Stufe 3).
- Die Kosten der Baumaßnahmen waren wegen des gewählten Durchführungskonzeptes (Standardpläne, Richtpreise usw.) akzeptabel. Deutliche Abschläge ergeben sich aber daraus, dass die technische Auslegung eines Teils der Einzelprojekte wegen der geringeren Zahl der Nutzer hätte geringer dimensioniert werden können. Mit Blick auf die Effizienz des Trägers ist neben seinen vergleichsweise hohen Verwaltungskosten negativ zu beurteilen, dass er für einen Sozialfonds relativ umständlich agiert und nur geringe Anreize entwickelt hat, die nicht das umgesetzte Finanzvolumen prämiieren, sondern die Übernahme von Verantwortung und den Beitrag zur Problemlösung. Mit Blick auf die Allokationseffizienz ist negativ zu beurteilen, dass im Bereich der ländlichen Wasserversorgung keine kostendeckenden Tarife erhoben werden. Insgesamt beurteilen wir die Effizienz als nicht mehr ausreichend (Teilbewertung: Stufe 4).

Unter Abwägung der o.g. Teilkriterien bewerten wir die entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens insgesamt als noch ausreichend (Gesamtbewertung: Stufe 3).

### **Projektübergreifende Schlussfolgerungen**

Partizipation und Identifikation der Nutzer mit den gebauten Einrichtungen sind wichtige, aber nicht die einzigen Bedingungen für deren nachhaltigen Betrieb. Weitere unverzichtbare Bedingungen sind eine gründliche Bedarfsprüfung unter Einbeziehung veränderlicher Umfeldbedingungen, die realistische Einschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Sektorministerien und der Endnutzer, eine technisch angemessene Auslegung (insbesondere im Bereich Wasserversorgung) und die präzise Festlegung von Verantwortlichkeiten für verschiedene Aufgaben sowie die mittelfristige Sicherung finanzieller Mittel für Unterhaltung und Betrieb. In zukünftigen Förderphasen sollte im Rahmen der Stärkung der Planung auf Gemeindeebene die fachlich-technische Planung der Einzelprojekte aufbauend auf einer räumlich und sektoral ausgewogenen Gesamtplanung stärkeres Gewicht erhalten.

In einer Ex-post-Betrachtung erscheint die Projektkonzeption in Form eines Sozialfonds nur dann der Alternative „Sektoransatz“ zur Problemlösung und zur Programmdurchführung überlegen, wenn der als Träger vorgesehene Fonds deutlich effizienter arbeitet, als andere Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und Qualitätsziele formuliert, die über die Bauphase hinausgehen. Bei Neuvorhaben sollten daher sektoral spezifizierte Qualitätsziele formuliert werden, die die Betriebsphase umfassen. Diese Qualitätsziele sollten eine höhere Gewichtung erhalten als die – ebenfalls berechtigten – Ziele und Indikatoren zur Partizipation.

Vorhaben der Wasserversorgung sind technisch vergleichsweise komplex und erfordern in besonderem Maße technische Lösungen, die die spezifischen Standortbedingungen berücksichtigen. Sie sind deshalb weniger gut für standardisierte Verfahren, wie sie meist von Sozialfonds verwendet werden, geeignet.

Die Einrichtung eines nationalen Wartungsfonds ist eine geeignete Maßnahme, um Wartungsprobleme bei den Kommunen, die die eigentlichen Betriebsträger der vom Sozialfonds finanzierten Vorhaben sind, zu reduzieren.

Finanzieren mehrere Geber einen Sozialfonds, sollte dies in Form eines echten „poolings“ erfolgen. Der Fonds müsste die unterschiedlichen Geberlinien nicht mehr auf einzelne Vorhaben zuordnen, was eine erhebliche administrative Entlastung darstellt.

Private Latrinen über einen Sozialfonds zu fördern, erscheint nur an solchen Standorten vertretbar, wo ohne sie die Wirkung der finanzierten Hauptmaßnahme (Wasserversorgung) stark beeinträchtigt wird. Hier sollten dann ggf. auch höhere Eigenbeiträge als bei kommunaler Infrastruktur erhoben und ein transparentes Vergabeverfahren, das allen Betroffenen gleiche Chancen einräumt, etabliert werden.

### Legende

Entwicklungspolitisch erfolgreich: Stufen 1 bis 3	
Stufe 1	Sehr gute oder gute entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 2	Zufrieden stellende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 3	Insgesamt ausreichende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Entwicklungspolitisch nicht erfolgreich: Stufen 4 bis 6	
Stufe 4	Insgesamt nicht mehr ausreichende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 5	Eindeutig unzureichende entwicklungspolitische Wirksamkeit
Stufe 6	Das Vorhaben ist völlig gescheitert

### Kriterien der Erfolgsbeurteilung

Bei der Bewertung der "entwicklungspolitischen Wirksamkeit" und Einordnung eines Vorhabens in die verschiedenen, oben beschriebenen Erfolgsstufen im Rahmen der Schlussprüfung stehen folgende Grundfragen im Mittelpunkt:

- Werden die mit dem Vorhaben angestrebten **Projektziele** in ausreichendem Umfang erreicht (Frage der **Effektivität** des Projekts) ?
- Werden mit dem Vorhaben in ausreichendem Maße **entwicklungspolitisch wichtige Wirkungen** erreicht (Frage der **Relevanz** und **Signifikanz** des Projekts; gemessen an der Erreichung des vorab festgelegten entwicklungspolitischen Oberziels und den Wirkungen im politischen, institutionellen, sozio-ökonomischen und –kulturellen sowie ökologischen Bereich) ?
- Wurden und werden die Ziele mit einem **angemessenen Mitteleinsatz/Aufwand** erreicht und wie ist der einzel- und gesamtwirtschaftliche Beitrag zu bemessen (Frage der **Effizienz** der Projektkonzeption) ?

- Soweit unerwünschte (**Neben-)Wirkungen** auftreten, sind diese hinnehmbar?

Der für die Einschätzung eines Projekts ganz zentrale Aspekt der **Nachhaltigkeit** wird von uns nicht als separate Bewertungskategorie behandelt sondern als Querschnittsthema bei allen vier Grundfragen des Projekterfolgs. Ein Vorhaben ist dann nachhaltig, wenn der Projektträger und/oder die Zielgruppe in der Lage sind, nach Beendigung der finanziellen, organisatorischen und/oder technischen Unterstützung die geschaffenen Projektanlagen über eine insgesamt wirtschaftlich angemessene Nutzungsdauer weiter zu nutzen bzw. die Projektaktivitäten eigenständig mit positiven Ergebnissen weiter zu führen.